

Badisches Tagblatt vom 06.05.2016:

Grünen-Chef Cem Özdemir über Rechtspopulisten, kulturelle Aspekte der Zuwanderung und Werte, die nicht verhandelbar sind

"Etwas weniger Aufgeregtheit würde gut tun"

Baden-Baden - "Anatolischer Schwabe", so wird Cem Özdemir manchmal genannt. Der gebürtige Bad Uracher, dessen familiäre Wurzeln in der Türkei liegen, ist seit 2008 einer von zwei Bundesvorsitzenden der Grünen. Nun bewirbt sich der 50-Jährige mit Wahlkreis in Stuttgart um die Spitzenkandidatur seiner Partei für die Bundestagswahl 2017. Mit BT-Redakteur Thomas Trittmann sprach Özdemir über Rechtspopulisten, Flüchtlinge und den Zustand Europas.

BT: Herr Özdemir, Sie wollen Spitzenkandidat der Grünen werden. Katrin Göring-Eckardt ist als weiblicher Part des Spitzenduos gesetzt. Wird die Partei zwei Kandidaten küren, die beide demselben Parteiflügel angehören?

Cem Özdemir: Die Flügelfrage interessiert den einen oder anderen Journalisten oder Parteifunktionär. Aber an der Basis wird mir diese Frage eigentlich nie gestellt. Schließlich sind wir alle Grüne.

BT: Die Junge Union hat in Baden-Württemberg plakatiert: Kretschmann wählen bedeutet Özdemir bekommen. Rechnen Sie 2017 mit Wahlkampf auch auf diesem Niveau?

Özdemir: Es ist ja bekannt, dass ich für AfD und Pegida ein rotes Tuch bin. Für diesen Teil des politischen Spektrums ist es eine ungeheure Provokation, dass jemand, der Özdemir heißt, Vorsitzender einer deutschen Partei ist. Das ist außerhalb von deren Vorstellungswelt. Aber es ist zugleich ein Zeichen von Normalität: Ich bin im Herzen der Schwäbischen Alb geboren und aufgewachsen.

Das Modell, für das ich stehe, entspricht eher dem, was in Deutschland des Jahres 2016 normal ist, als das, wofür AfD und Pegida stehen. Sie stehen für ein rückständiges Deutschlandbild. Ich bin aber überzeugt, dass für die Mehrheit unserer Gesellschaft nicht entscheidend ist, wo man herkommt, sondern wo man hin will. Trotzdem habe ich mir aber eines der erwähnten JU-Plakate gesichert. Denn ich halte es für ein Symbol für etwas, das es in dieser Form, so glaube ich, nicht mehr geben wird - jedenfalls unter den demokratischen Parteien.

BT: Sie sagen: Entscheidend ist, wo man hin will. Können die Bürger ausreichend deutlich erkennen, wohin die Grünen wollen?

Özdemir: Im Bund stehen wir derzeit bei 13 oder 14 Prozent, das ist doch nicht von schlechten Eltern. Natürlich wollen wir aber noch mehr Menschen erreichen und ihr Vertrauen gewinnen. Da können wir viel von Baden-Württemberg lernen: Wie man eine klare inhaltliche Ausrichtung hat und dabei trotzdem ein Angebot für viele Menschen in der Gesellschaft macht.

BT: Sind die Grünen aber ausreichend unterscheidbar von SPD und Union?

Özdemir: Beim Klimaschutz und der ökologischen Modernisierung ganz sicher. Auf anderen Feldern müssen wir unsere Vorschläge noch präsenter machen, gerade bei der sozialen Gerechtigkeit oder Europapolitik. Wobei unterscheidbar für mich nicht heißt, immer das Gegenteil von dem zu fordern, was die Konkurrenz sagt. Das wäre zu unterkomplex; wir sind ja nicht die Linkspartei. Wenn Frau Merkel etwas richtig macht, fällt uns kein Zacken aus der

Krone, das auch zu sagen. Zum Beispiel bei der Absage an nationale Alleingänge in der Flüchtlingspolitik.

BT: Haben Sie Angst vor Fragen wie der nach einer gerechteren Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums?

Özdemir: Ganz und gar nicht, die Grünen beschäftigen sich seit jeher mit Gerechtigkeitsfragen. Es kommt aber drauf an, was man unter Gerechtigkeit versteht. Natürlich müssen alle einen fairen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten. Insbesondere diejenigen, denen es besonders gut geht.

Wenn es aber nur darum geht, möglichst viel Geld zu verteilen, dann wird man am Ende nicht automatisch mehr Gerechtigkeit haben. Es geht nicht darum, dass es den Armen etwas besser geht. Wir wollen die Armen aus der Armut befreien, das ist ein ganz anderer Ansatz. Es geht hier vor allem um gesellschaftliche Strukturen.

BT: Wie soll das geschehen?

Özdemir: Indem wir ein durchlässiges Bildungssystem schaffen, das jedem Kind die Chance gibt, sein Potenzial auszuschöpfen, unabhängig von der Herkunft der Eltern. Indem wir dafür sorgen, dass Männer und Frauen für gleiche und gleichwertige Arbeit gleich viel verdienen. Das sorgt für mehr Gerechtigkeit. Indem wir Alleinerziehende nicht allein lassen. Auch beim Rentensystem ist viel zu tun.

BT: Gehen Sie auf Distanz zum rot-grünen Projekt Riester-Rente?

"Das Rentensystem an sich ist nicht schlecht"

Özdemir: Die Idee, ein sinkendes Rentenniveau mit privater Vorsorge auszugleichen, ist richtig. Allerdings erreicht die Riester-Rente nicht diejenigen, für die sie eigentlich gedacht war. Da muss man nachsteuern. Es geht nicht darum, private Vorsorge abzuschaffen, sondern diejenigen zu erreichen, die bedürftig sind. Grundsätzlich halten wir am dreigliedrigen System fest: gesetzliche Rente, private Vorsorge, betriebliche Alterssicherung. Man muss das System so verbessern, dass die, die eingezahlt haben, am Ende nicht auf Grundsicherung angewiesen sind.

BT: Drängt sich nicht ein radikaler Systemwechsel auf: Alle zahlen ein, auch Beamte und Selbstständige?

Özdemir: Wir sollten behutsam vorgehen. Radikale Systemwechsel macht man nur in radikalen Umbruchsituationen. Das System ist an sich ja auch kein schlechtes. Es muss aber dem demografischen Wandel angepasst werden. Das Problem ist nicht das System, das Problem ist die Politik, die durch Maßnahmen wie die Rente mit 63 die Axt an die Wurzeln des Systems legt.

BT: Die Länderhaushalte werden durch steigende Pensionskosten stranguliert.

Özdemir: Wenn es darum geht, die Länderhaushalte zu konsolidieren und dauerhaft der Schuldenbremse gerecht zu werden, dann sind sicher auch steigende Pensionskosten eine Herausforderung. Aber auch da braucht es eine behutsame, gründliche Vorgehensweise, damit Reformen Bestand haben.

BT: Politik ist zu kurzatmig?

Özdemir: Das ist sie mit Sicherheit. Wobei es natürlich auch nicht einfach ist, für große Zeiträume zu handeln. Die Flüchtlingspolitik ist dafür ein gutes Beispiel: Es ist doch nicht

derjenige der Humanste, der die meisten Flüchtlinge aufnimmt. Sondern derjenige, der dafür sorgt, dass möglichst wenige Menschen flüchten müssen. Was aber leichter gesagt als getan ist. Man kann das alles nicht allein umsetzen, sondern nur europäisch. Und es gibt keine Erfolge im Vier-Jahres-Zyklus der Legislaturperioden, sondern erst in zehn, 20 Jahren. Wenn man aber nicht anfängt, ändert sich nichts.

BT: Was kann die EU tun?

Özdemir: Sie sollte sich auf ihre Nachbarregionen Osteuropa und Nordafrika konzentrieren und dort versuchen, die Lebensbedingungen nachhaltig zu verbessern. Dort könnte man viel machen, um den Menschen eine Perspektive zu bieten. Die Alternative sind unmenschliche Abwehrmauern, und die werden nichts nützen.

BT: Hätte denn Europa die Macht, eine Fluchtursache wie den syrischen Bürgerkrieg zu vermeiden?

Özdemir: Zum einen sollte man falsche Interventionen unterlassen, wie den Irak-Krieg, den wir als rot-grüne Regierung damals abgelehnt haben. Wer ein Regime stürzt, braucht Partner vor Ort, aber auch einen Plan für danach.

Es kann aber auch falsch sein, nicht einzugreifen: Als in Syrien die ersten Menschen protestierten - und das waren keine Islamisten, sondern Leute, die ein freies, offenes Land wollten -, da hätte man sofort Druck auf Staatschef Baschar Al-Assad ausüben müssen, damit eine Lösung gefunden wird. Möglicherweise hätten dann unzählige Menschen nicht ihr Leben verloren, sich nicht auf die Flucht begeben. Das sage ich auch ganz selbstkritisch, denn auch ich habe das damals nicht so deutlich gesagt.

BT: Aktuell sinkt die Flüchtlingszahl in Deutschland. Ein Scheinerfolg?

Özdemir: Wir sollten uns nicht der Illusion hingeben, dass die Probleme gelöst wären. Und gerade jetzt müssen Fluchtursachen bekämpft werden. Ein Beispiel sind die Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien. Dadurch verschlimmern wir die Lage nur noch. Ein anderes Beispiel ist das Leerfischen der westafrikanischen Küsten durch unsere Hochseeflotten. Wir zerstören massenhaft die Existenzgrundlage von Fischern. Viele machen sich auf deshalb den Weg nach Europa.

"Neiddebatten wären brandgefährlich"

BT: Was müssen wir tun, um jene zu integrieren, die schon da sind?

Özdemir: Es darf kein Lohndumping geben. Deshalb ist es richtig, dass es keine Ausnahme beim Mindestlohn gibt. Sonst gäbe es Neiddebatten, das wäre brandgefährlich. Neben der Arbeit geht es um die Sprache - wir müssen das Angebot an Sprachkursen weiter ausbauen. Und es gibt auch eine kulturelle Dimension der Integration.

BT: Was folgt daraus?

Özdemir: Auf den Punkt gebracht: Wer nach Deutschland kommt, kommt ins Land des Grundgesetzes. In das Land, in dem Mann und Frau gleichberechtigt sind. In das Land, in dem die Leute selber entscheiden, ob sie hetero- oder homosexuell leben. Kein Imam, kein Pfarrer, kein Rabbi oder wer auch immer hat den Leuten da Vorschriften zu machen. Und was die kulturelle Integration angeht, verweise ich gerne auf den Sport. Ich habe es als Jugendlicher selbst erlebt im Handballverein.

BT: Fördern und Fordern, heißt es oft. Haben wir die richtige Balance zwischen beidem?

Özdemir: Wir sind ja kein klassisches Einwanderungsland, und deshalb fehlt es uns manchmal an Erfahrungen, auch an Gelassenheit. Deshalb verstehen wir manches nicht auf Anhieb. Dass Menschen, die aus Diktaturen kommen – aus Ländern also, in denen der Polizist nicht immer automatisch der Gute ist - sich hier erst zurechtfinden müssen, ist doch klar. Die müssen wir an die Hand nehmen.

Vielleicht muss man jemandem aus Afghanistan das hiesige Rollenverständnis erklären. Man kann nicht erwarten, dass alle, die kommen, schon alles wissen. Genauso, wie wir Sprache und Arbeit vermitteln müssen, müssen wir auch diese kulturelle Dimension ernstnehmen. Damit die Leute sich bei uns zurechtfinden und ankommen. Und etwas weniger Aufgeregtheit würde uns auch gut tun. Es ist normal, dass es auch mal Konflikte gibt. Entscheidend ist, damit zivilisiert und demokratisch umzugehen.

BT: Europa bedient sich der Hilfe von Autokraten, um den Flüchtlingszuzug zu verringern. Wie stehen Sie dazu?

Özdemir: Auch der grüne Außenminister Joschka Fischer konnte sich seine Gesprächspartner nicht aussuchen. Wir müssen mit den Erdogans, den Putins dieser Welt reden. Das können wir nicht ändern. Was sich ändern würde: Wir Grünen würden eine wertorientierte Außenpolitik betreiben.

BT: Was was bedeutet?

Özdemir: Wenn Kanzler oder Außenminister reisen, müssen die deutschen Werte mitreisen. Wenn die Kanzlerin nach Ankara reist, dann erwarte ich, dass sie sich zumindest kurz Zeit für ein Gespräch mit dem Oppositionsführer nimmt. Oder für ein Gespräch mit den letzten verbliebenen Vertretern der unabhängigen Presse, die von Staatspräsident Erdogan noch nicht mundtot gemacht worden sind. Es wäre eine schöne Geste, einer der unabhängigen Zeitungen ein Interview zu geben, denn damit vermittelt man, dass uns unsere Werte wichtig sind.

BT: Ist die Kanzlerin gegenüber Erdogan zu devot?

Özdemir: Die ganze Türkeipolitik Merkels ist falsch. 2005 hat sie ohne Not den Weg der Türkei, die damals reformorientiert war, in die EU gestoppt. Jetzt hat sie die Türkei wiederentdeckt, weil sie sie in der Flüchtlingsfrage braucht. Dabei verzichtet sie auf Kritik an Menschenrechtsverletzungen. Erdogan handelt nach dem Motto: Man sieht sich immer zweimal. Und genießt jetzt. Es kann uns doch nicht gefallen, wie herablassend er de facto eine ausländische Regierungschefin behandelt.

BT: Haben Sie die Sorge, dass Europa an nationalen Egoismen zerbricht?

Özdemir: Europa stand schon oft am Abgrund, es hat sich aber auch schon zum Umkehren entschieden. Gerade stehen wir dort wieder. Die nationalistische Rechte erstarkt in vielen Ländern. Ohne dass sich Deutschland stärker für Europa engagiert, wird es nicht gehen. Bei aller Kritik an Helmut Kohl: Er wusste, dass deutsche Arroganz gegenüber anderen, kleineren Partnern in Europa, sich früher oder später immer rächen wird. Beim Thema Flüchtlinge haben wir einst den Italienern gesagt: Euer Problem, geht uns nichts an. Jetzt sagen sie das zu uns. Arroganz lohnt sich eben nicht.

BT: In vielen Ländern haben Rechtspopulisten seit langem Zulauf. Deutschland währte sich lange immun, doch nun feiert die AfD Erfolge. Wird sich die Partei etablieren?

Özdemir: Sie können sich denken, was ich mir wünsche. Was wir tun können, ist, die Probleme zu lösen. Damit wir den Teil der AfD-Wähler, der erreichbar ist, zurückholen zu den demokratischen Parteien.

BT: Die AfD verlagert ihren thematischen Schwerpunkt weg von den Flüchtlingen und hin zum Thema Islam.

Özdemir: Die AfD springt auf jedes Thema auf, das Angst und Polarisierung verspricht. Uns Grüne braucht man beim Thema Islam jedenfalls nicht zu belehren. Wir sind die Partei des Feminismus, die Partei der Schwulen- und Lesbenrechte, der liberalen Werte. Diese stehen nicht zur Disposition. Das sagen wir auch an die Adresse der wenigen Muslime, die vormoderne Einstellungen haben. Wer hier lebt, muss akzeptieren, dass Mann und Frau gleichberechtigt sind. Über solche Grundrechte verhandeln wir nicht; mit niemandem, ganz sicher auch nicht mit der AfD.